

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1917**

22.6.1917 (No. 167)



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 167

Freitag, den 22. Juni 1917

160. Jahrgang

Expedition:  
Karl-Friedrich-Str. 14  
Fernsprecher Nr. 953 und 954,  
Postfach Nr. 3515.

Vorabdruckung: vierteljährlich 4 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 4 M. 17 P. —  
Anzeigengebühr: die 5 mal gewaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der  
als Anzeigengebühr gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung,  
Kontostückung, Kontoführung, Kontoführung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die  
Zahlung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erfolgt. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Unverlangte Drucksachen  
und Manuskripte werden nicht  
zurückgegeben und es wird  
keinerlei Verpflichtung zu irgend-  
welcher Vergütung übernommen.

### Staatsanzeiger.

Das Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen hat unterm 18. Juni d. J. den Justizaktuar Albert Stalter bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zur Direktion des Landesgefängnisses und der Weiberstrafanstalt Bruchsal verlehrt.

Mit Entschliebung des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen vom 18. Juni d. J. wurde dem charakterisierten Telegraphensekretär Johann Walter in Konstanz der Titel Postsekretär verliehen.

Mit Entschliebung des Ministeriums des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen vom 18. Juni d. J. wurden mit Rückwirkung vom 1. April d. J. ab in Sekretärstellen etatmäßig angestellt und zwar:

der charakterisierte Postsekretär Albert Bauer aus Eiental beim Postsekretariat in Karlsruhe,

der charakterisierte Postsekretär Max Grabinger aus Ebingen beim Postamt 1 in Mannheim,  
die charakterisierten Telegraphensekretäre Emil Schmutz aus Wetzsch und Anton Kraus aus Unterschwarzach beim Telegraphenamt in Mannheim.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 7. Juni d. J. den Eisenbahnsekretär Ludwig Schwemer in Mannheim nach Heidelberg verlehrt.

Die Ersatzwahl zum Reichstag im 4. badischen Wahlkreis betreffend.

Nachdem der Reichstagsabgeordnete für den 4. badischen Wahlkreis Konmerzrat Weingutsbesitzer Dr. Ernst Mankehorn in Müllheim durch den Tod ausgeschieden ist, wird für den 4. badischen Reichstagswahlkreis (Vörsach, Müllheim, Staußen und Breisach) die Ersatzwahl eines Reichstagsabgeordneten notwendig. Auf Grund der §§ 21 und 24 des Reglements zur Ausführung des Wahlgesetzes für den deutschen Reichstag vom 28. Mai 1870 wird für diese Wahl der Großh. Amtsvorstand Geh. Regierungsrat Dr. Vaur in Emmendingen zum Wahlkommissar ernannt und der Wahltag auf

Donnerstag, den 2. August 1917

festgesetzt.

Karlsruhe, den 15. Juni 1917.

Großh. Ministerium des Innern.

S. A.: Weingärtner.

Kochler.

### Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 21. Juni.

#### Landtags-Rückblick.

I.

Der am 24. April zusammengetretene außerordentliche badische Landtag hat seine Beratungen am Mittwoch, den 13. Juni, geschlossen. Die Tagung hat sonach etwa 7 Wochen gedauert. In dieser Zeit ist von den beiden Kammern eine Fülle von Arbeit bewältigt worden. Nach sehr eingehenden Erörterungen in den Ausschüssen, so vor allem im Haushaltsausschuß, wurden die einzelnen Beratungsgegenstände auch in der Vollversammlung gründlich durchgesprochen. Man mag dies bedauern, im Hinblick darauf, daß die meisten der jetzt behandelten Fragen die im Spätherbst dieses Jahres zu erwartende ordentliche Tagung auch noch beschäftigen werden, und daß dann besser und reichlicher Gelegenheit geboten wäre, die Anschauungen und Wünsche der Parteien zur Sprache zu bringen, als in einer außerordentlichen Tagung, wie der jetzigen, die doch eben nur das Allerwichtigste erledigen soll. Und dies war auch die Ansicht des Rates der Vertrauensmänner (Seniorenkonvent). Demgemäß rechnete man mit einer Tagungsdauer von etwa zwei Wochen. Statt dessen ist die mehr wie dreifache Zeit herausgekommen. Die Abgeordneten fühlten offenbar das starke Bedürfnis, sich jetzt schon gründlich über die Dinge, die sie betreffen, auszusprechen. Und da das Bedürfnis nun einmal bestand, war es gut, sich ihm anzupassen. Dazu ist ja die Kammer da, daß sie den Vertretern des Volkes den Boden schafft, auf dem sie offen ihre Auffassungen und Wünsche zum Ausdruck bringen können und in Gemeinschaft mit der Regierung die Wege ausfindig machen, die für die Wohlfahrt des Landes die besten sind.

Was die Regierung anlangt, so hat auch sie diese Gemeinschaft stets aufs sorgsamste gepflegt und auch diesmal die mannigfachen Fragen und Anregungen eingehend beantwortet. In erster Linie hatte sie allerdings dem Landtag positive Vorschläge in Gestalt von finanz- und sozialpolitischen Gesetzentwürfen unterbreitet. Es gereicht dem badischen Landtag zum Ruhme, daß er alle diese Vorlagen ohne nennenswerte Änderungen einstimmig gebilligt und angenommen hat. Er hat damit dem ganzen Lande zum Segen gearbeitet und gezeigt, daß er sich mit der Regierung eins fühlt in dem Bestreben, die Wohlfahrt der Bevölkerung in allen ihren Schichten zu pflegen und zu fördern. Naturgemäß mußte diese treue Arbeit vor allem den Schichten der Bevölkerung gelten, die durch den Krieg in eine besonders mißliche Lage geraten waren. Wie wir schon gelegentlich der Eröffnung des Landtags an dieser Stelle betonten, handelte es sich diesmal besonders um den Mittelstand in dem weiteren Sinne des Wortes, dem die Regierung mit Zustimmung des Landtags aufzuhelfen gedachte. Demgemäß hat der Landtag eine Änderung des Stutzgesetzes beschlossen, die eine Verbesserung der Einkommensverhältnisse der gering besoldeten Beamten und Lehrer, sowie der staatlichen Arbeiter für die Kriegszeit ermöglicht. Ferner hat er nach einer eingehenden Debatte über die Lage des Sandwerk und Gewerbe treibenden Mittelstandes sowohl der von der Regierung für die Zwecke der Mittelstandshilfe vorgelegenen Bereitstellung von 1 Million Mark, wie der von der Regierung für die gleichen Zwecke in Anregung gebrachten Zusammenarbeit zwischen Staat, Kreis und Gemeinde zugestimmt. Den Interessen des bäuerlichen Mittelstandes diente eine Regierungsvorlage, die ein wirksames Vorgehen gegen die ländliche Güterzertrümmerung ermöglichen soll. Der Landtag hat auch diesen Gesetzentwurf — mit einigen geringfügigen Änderungen — angenommen. Die bei der Beratung geäußerten Wünsche will die Regierung in einem späteren Gesetzentwurf, der den jetzigen, mehr als Provisorium gedachten Entwurf ersetzen soll, nach Möglichkeit berücksichtigen. Schließlich seien noch zwei weitere, vom Landtag angenommene Gesetzentwürfe sozialpolitischer Natur erwähnt, von denen der eine den Wiederaufbau der während des Krieges durch Brand zerstörten oder beschädigten Grundstücke erleichtert, und der andere den Bürgerwitwen, deren Männer im Kriege gefallen sind, ohne ihr Bürgerrecht angetreten zu haben, den Genuß dieses Rechts gewährt.

Den wichtigsten Punkt des Beratungstoffes bildete die neue Kreditvorlage, mit der die Regierung die Bewilligung eines weiteren Kriegskredites von 100 Millionen Mark erbat. Auch diese Vorlage ist in richtiger Erkenntnis der durch den Krieg hervorgerufenen Sonderverhältnisse einstimmig angenommen worden. Die Beratung bot Gelegenheit zu einer umfassenden Erörterung unserer Finanzen und unserer Finanzpolitik. Was die Vorlage selbst betrifft, so ist sie dadurch notwendig geworden, daß die Regierung im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesstaaten den Lieferungsverbänden die Ausgaben für die reichsgesetzlichen Familienunterstützungen vorschreibt. So sind bis zum 1. April 1917 in Baden bereits 123 Millionen Mark für Kriegsunterstützungen ausgegeben worden. Bezüglich der allgemeinen Finanzlage des Staates ist zu bemerken, daß wir zwar jetzt eine eigentliche Staatsschuld von zirka 90 Millionen haben, abgesehen von den Eisenbahnschulden, die jedoch, weil für rentierende Anlagen aufgewendet, kaum als eigentliche Schuld betrachtet werden können. Aber diesen 90 Millionen steht eine Forderung an das Reich (für die vorausgeschickten Familienunterstützungen) in Höhe von 103 Millionen gegenüber, so daß wir nach Rückzahlung dessen, was wir beim Reich guthaben, sogar noch das, was wir aus der Amortisationskasse aufwenden müssen, wieder zurückerhalten. Mit Recht konnte der Berichterstatter des Haushaltsausschusses betonen, daß von einer weitestgehenden Verschlechterung unserer Finanzlage keine Rede sein kann, und insofern können wir mit einer gewissen Befriedigung im Rückblick auf 34 Kriegsmo-nate und die großen Ausgaben, die sie uns veranlaßt haben, feststellen, daß unsere Staatsfinanzen gesund geblieben sind und wir zu Befürchtungen für die Zukunft keinen Anlaß haben. Die Finanzpolitik der badischen Regierung, die eine derart befriedigende Lage gezeitigt hat,

ist denn auch von der erdrückenden Mehrheit der Zweiten Kammer und von der gesamten Ersten Kammer reiflos gebilligt worden.

Außer den Vorlagen der Regierung waren es noch drei Gegenstände, die den Landtag ausgiebig beschäftigten. Sie betrafen die Oberrheinregulierung, die Ernährungspolitik und die durch die politische Debatte hervorgerufenen Fragen. Was die Oberrheinregulierung anlangt, so haben wir die Beratungen darüber bereits an dieser Stelle ausführlicher besprochen. Es genügt daher die nochmalige Feststellung, daß die vom Minister des Innern als Ressortminister vertretene Regierung den badischen Standpunkt mit aller Entschiedenheit wahrnimmt und mit der Art und Weise dieser Wahrnehmung sowohl, wie mit den Grundanschauungen, die sie in der Frage befehlen, die ungeteilte Zustimmung des gesamten Landtags fand. Die Debatte über die Ernährungspolitik war naturgemäß recht ausgedehnt und förderte auch manches kritische Wort zutage. Im großen und ganzen haben aber beide Häuser die Tatkraft der Regierung und die Wichtigkeit ihrer Maßnahmen dankbar anerkannt. Konnte doch in der einen Kammer betont werden, daß es die badische Regierung verstanden habe, unser Land in vieler Hinsicht besser zu stellen, als es eigentlich nach Lage der besonderen geographischen Verhältnisse zu erwarten gewesen wäre. Anerkannt wurde in diesem Zusammenhang die Vorsicht und der weitausschauende Blick der Regierung, die beide es ermöglicht haben, auch für Perioden besonderer Not einen Ausgleich zu schaffen. Aus den Antworten der Regierungsvertreter wird der Landtag die Gewißheit gewonnen haben, daß die so überaus schwierige und verantwortungsvolle Frage der Volksernährung in diesem Kriege bei der Regierung in den rechten Händen ruht. Auf den dritten Gegenstand der Kammerdebatten, die politische Aussprache, werden wir in den nächsten Tagen (nach Erscheinen der stenographischen Berichte) zu sprechen kommen.

### Westlicher Kriegshauptakt.

Zum Tode des Prinzen Friedrich Karl.

Berlin, 18. Juni. Die englische Presse brachte vor einiger Zeit Äußerungen über den in englischer Gefangenschaft seiner Verwundung erlegenen Prinzen Friedrich Karl, die der englische Prediger Rev. W. Caldwell, der dem Prinzen im Lazarett täglich nahe war, nach Hause berichtet hatte.

Nach genauer Schilderung der einzelnen Vorgänge, wie sie sich beim Flugkampfe, beim Landen und bei der Gefangennahme abgespielt haben und die bereits mehrfach in der deutschen Presse nach den eigenen Aussagen des Prinzen in dem Brief an seine Eltern wiedergegeben worden sind, rühmt der Prediger die vornehme Gesinnung, die Ritterlichkeit und das tiefe religiöse Empfinden, die den Prinzen ausgezeichnet haben.

Für jede kleine Erfrischung, für jede Zeitschrift, die ihm der Prediger brachte, war der Prinz dankbar und bezeichnend für sein gerechtes menschliches Empfinden, welches nicht zulassen wollte, daß er anders behandelt würde, wie die übrigen Gefangenen, sind die Worte, durch die er seinen Dank dafür bekundete: „Sind sie auch sicher, daß ich nicht andere herauhe, die diese Dinge nötiger haben, als ich?“

Für seine soldatischen Eigenschaften und seinen vaterländischen Sinn sprechen folgende Worte:

„Ich liege hier als hilfloser Gefangener, aber ich bedauere es nicht. Ich tat für mein Land mein Bestes. Gern würde ich noch leben, denn ich bin noch jung, und wenn der Krieg vorbei ist, werde ich zurückkehren, und am Aufbau der Nation mithelfen.“

Der Prediger Caldwell war dem Prinzen in den letzten Stunden nahe. Ungefähr eine Stunde, bevor der Prinz starb, betete er mit dem Prediger und dankte ihm darauf schon mit schwacher Stimme für seinen Beistand und seine Anteilnahme. Dann wurde er bald bewußtlos und erwachte nicht mehr.

### Zweiter Tagesbericht vom 19. Juni.

B. V. Berlin, 20. Juni, abends. (Amtlich.) Im Westen lebhafteste Geschäftstätigkeit nur bei Baugewerk nordöstlich von Soissons. Vom Osten nichts Neues.

(Mit einer Landtagsbeilage.)

### Die Verwaltungstrennung in Belgien.

Berlin, 20. Juni. Nachdem durch die Verordnung des Generalgouverneurs in Belgien vom 21. März 1917 Belgien in zwei Verwaltungsgebiete, das flämische und das wallonische, zerlegt worden ist, von denen das erstere die Provinzen Antwerpen, Limburg, Ost- und Westflandern, sowie die Kreise Brüssel und Löwen bilden, das wallonische die Provinzen Hennegau, Lüttich, Luxemburg und Namur, sowie den Kreis Nivelles umfasst, ist durch Allerhöchste Ordre vom 14. Juni 1917 der Großherzoglich badische Oberamtmann Schaible zum Verwaltungschef für das flämische Verwaltungsgebiet mit dem Sitz in Brüssel und der Präsident der Provinz Hennegau, Königlich preussischer Landrat Daniel zum Verwaltungschef für das wallonische Verwaltungsgebiet mit dem Sitz in Namur ernannt worden. Beiden Beamten ist für die Dauer ihrer Tätigkeit der Rang der Räte erster Klasse verliehen. Gleichzeitig ist der Geh. Finanzrat und vortragender Rat im preussischen Finanzministerium Kochhammer zum Leiter der Finanzabteilung beim Generalgouverneur in Belgien bestellt und ihm für die Dauer dieser Tätigkeit der persönliche Rang der Räte erster Klasse verliehen. Bei dem Generalgouverneur ist eine Zivilkassierin eingestellt und zu deren Leiter der Oberkons. preussische Landrat Freiherr von Wilimowski in Mersburg berufen worden. Der für das Gesamtgebiet des Generalgouvernements Belgiens bestimmte Verwaltungschef Erzengel von Sandt wird bis zur völligen Durchführung der Verwaltungstrennung auf dem von ihm seit Anfang September 1914 begleiteten Posten verbleiben.

London, 20. Juni. (Nicht amtlich.) Unterhaus. Bei der Besprechung der Wahlreformvorlage nahm das Haus mit 385 gegen 55 Stimmen den Grundsatz des Frauenstimmrechts an. (W.B.)

### Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Wien, 20. Juni. (Nicht amtlich.) Amtlich wird verlautbart:

#### Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

##### Unverändert.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Nach 24stündiger Artillerievorbereitung setzte gestern früh auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden der italienische Infanterieangriff ein, der namentlich am Nordflügel im Bereiche der Monte Torno und des Grenzflusses mit größtem Kraftaufgebot geführt wird. Unsere Truppen brachten alle Anstürme des Feindes in siegreicher Abwehr zum Scheitern. Ein örtlicher Erfolg, der den Italienern im Gebiete der Cima Dieci einige hundert Schritte Raumgewinn eintrug, wurde durch Gegenangriff zum größten Teil wieder wett gemacht. Am Sonntage nichts von Belang.

#### Der Chef des Generalstabes.

Athen, 17. Juni. (Nicht amtlich.) Neuter-Meldung. Vom Peloponnes kommt die vorläufig noch unbestätigte Nachricht, daß General Populas sich weigerte, die neue Regierung anzuerkennen, und an die Errichtung einer eigenen Regierung für den Peloponnes ging. (W.B.)

Stockholm, 20. Juni. Die gesamte russische Freiheitsanleihe brachte statt des erwarteten Mindestergebnisses von drei Milliarden nur 1,202 Milliarden Rubel ein.

Petersburg, 20. Juni. (Neuter.) Truppen sind in die Geschäftsräume des Blattes „Ruskoje Wolja“ eingedrungen und haben die Anarchisten gefangen genommen, die sich der Zeitung gewalttätig bemächtig hatten.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Italiens Antwort auf das russische Kriegszielmanifest. Basel, 20. Juni. Der „Agenzia Stefani“ zufolge lautet der Text der Antwort des italienischen Ministers des Äußeren an die russische Regierung wie folgt:

Rom, 20. Juni. Ich empfang die Note vom 20. Juni/3. Mai 1917, in der Sie geruht haben, mir das Manifest mitzuteilen, das die provisorische Regierung am 27. März 1917 den Wirgern bekannt machte. Darin wurde die Auffassung der Regierung des freien Rußlands von den Zielen des gegenwärtigen Krieges dargelegt. Nur mit der größten Betrübnis nahm die ital. Regierung Kenntnis von den Erklärungen der russischen Regierung, die einen neuen Beweis für den unerschütterlichen Willen bilden, der die ruhmreiche russische Nation befähigt, den Weltkrieg bis zum entscheidenden Siege zu führen. Die ital. Regierung nahm Kenntnis von dem Entschluß Rußlands, seine Anstrengungen für die Befreiung des vaterländischen Bodens und für die Wiederherstellung Polens in seiner Einheit und Unabhängigkeit zu steigern. Diese Erklärungen werden nicht verfehlen, die von den gemeinsamen Feinden gemachten Versuche, Zweifel an den Absichten Rußlands zu säen, zu vereiteln. Eine noch tiefere und festere Vereinbarung mit den Alliierten wird dem freien Rußland eine wertvolle Garantie für eine zutünftige Entwicklung bieten. Unter dieser Bedingung wird Rußland in vollständiger Übereinstimmung mit den freien und demokratischen Nationen sein Ziel erreichen, eine feste Grundlage für einen dauerhaften Frieden zu schaffen, der der Menschheit eine Ära der Gerechtigkeit und der Freiheit sichert wird.

Italien seinerseits ist aus freiem Antrieb in den Krieg eingetreten für den Triumph des heiligen Grundgesetzes der Befreiung unterdrückter Völker und für die Sicherheit seiner Unabhängigkeit. Jeder Gedanke an Eroberung oder an Vorherrschaft ist aus seiner Politik ausgeschlossen. Italien, dessen Verfassung auf demokratischen Grundlagen beruht, begrüßt das Manifest, das die russische Regierung mir mitzuteilen Sie beauftragt hat, mit Freuden und drückt durch meine Vermittlung die feste Überzeugung in den endlichen Sieg über unsere gemeinsamen Feinde aus. („Presse“ 3.)

### Der Krieg zur See.

Berlin, 21. Juni. (Amtlich.) Vor der flandrischen Küste wurden am 19. Juni früh 3 feindliche Flugzeuge von unseren Seefliegern abgeschossen. Ferner wurde nördlich von Dünkirchen ein englisches Torpedoboot von unseren Vorpostenstreitkräften versenkt, die Besatzung gefangen genommen.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

### Der Krieg und die Heimat.

Eine Entschließung der nationalliberalen Partei. Die Vorsitzenden der nationalliberalen Landesorganisationen und die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses trafen am Samstag zu einer Sitzung im Reichstagsgebäude zusammen, um zu der politischen Lage Stellung zu nehmen. Nach mehrstündiger Aussprache wurde folgende Entschließung in beiden Teilen einstimmig angenommen: 1. Die am 16. Juni in Berlin versammelten Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses und die Vorsitzenden der Landesorganisationen der nationalliberalen Partei wissen sich in voller Übereinstimmung mit der Reichstagsfraktion in dem unbeugsamen Festhalten an den bisherigen Kriegszielen der Partei, wie sie in der Versammlung der Landesvorsitzenden vom 16. Mai 1915 und in den späteren einmütigen Kundgebungen des Zentralvorstandes festgelegt worden sind. 2. Die Landesvorsitzenden und der geschäftsführende Ausschuss sind mit der Reichstagsfraktion der Ansicht, eine zweckmäßige Neuordnung des politischen Lebens im Reiche eingeleitet werden muß und daß es dazu eines engeren Zusammenwirkens zwischen Parlament und Regierung und eines starken parlamentarischen Einflusses auf die letztere bedarf, ohne daß dadurch die Verwirklichung einer Parlamentsherrschaft nach fremdem Muster erstrebt werden soll.

### Die Neutralen.

#### Bierbundesfeindliche Böbelien in Genf.

Bern, 20. Juni. (Nicht amtlich.) Schweiz. Dep.-Ag. Am Dienstagabend beschloß eine Volksversammlung in Genf von ungefähr 15 000 Personen eine Veranlassung des Bundesrats zu verlangen, um Kommissäre einzusetzen, welche die Verantwortlichkeiten in der Angelegenheit Hoffmann festsetzen sollen. Die Versammlung verlief sehr ruhig. Gestern nacht jedoch begaben sich Gruppen von Kundgebenden vor das deutsche Konsulat und verhielten sich unter Lärmen, Schmährufen, Marceillaise-Singen und Einschlagen der Fensterscheiben das Konsulatsschild herunterzureißen. Die Polizei schritt aber ein und nahm das Schild herunter, das auf dem Polizeiposten in Sicherheit gebracht wurde.

Die Kundgebenden gingen vor das österreichisch-ungarische Konsulat, wo Fenster eingeworfen wurden. Polizisten und Agenten kamen in Kraftwagen und zerstreuten rasch die Menge in der Umgebung des Konsulats. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Andere Kundgebungen fanden vor dem türkischen Konsulat statt. Die Gendarmen zogen blank, luden die Waffen und schossen einige blinde Schüsse ab. Mehrere Polizisten und Kundgebende sind leicht verwundet. 18 Personen im Alter von 16 bis 18 Jahren wurden verhaftet. Nach der „Wossischen Zeitung“ fanden auch gegen deutsche Hotels und Restaurants Kundgebungen statt.

#### Eine schmachvolle Tat.

Bern, 20. Juni. (Nicht amtlich.) Gestern fanden in Lugano Kundgebungen gegen den König von Griechenland statt, wobei es zu Tätlichkeiten gegen den König gekommen zu sein scheint. Der König mußte in ein Café flüchten und wurde von dort durch den Präfecten der Stadt unter Bedeckung von Soldaten und Polizeibeamten in das Palacehotel begleitet. Infolge der Unruhen ist ein Italiener verhaftet worden. Eine Untersuchung ist im Gange.

Berlin, 21. Juni. Zu den Kundgebungen gegen König Konstantin in Lugano wird der „Voss. Ag.“ unter dem 20. Juni gemeldet: Heute abend während eines Konzerts auf der Piazza Reforma hatten einige Burischen an Tischen vor dem Restaurant Gambinus den König in Begleitung zweier Herren erkannt. Plötzlich verbreitete sich unter dem zahlreichen Publikum die Nachricht von der Anwesenheit des Königs, der sich bald von einer Menschenmenge umringt sah. Der König wollte sich eiligst nach dem Palacehotel begeben, doch die vielhundertköpfige Menge begleitete ihn johlend schimpfend und pfeifend, so daß König Konstantin gezwungen war, sich in das nahe Kaffee Niviera zu flüchten, das sofort geschlossen wurde. Von hier aus gelangte der König durch einen anderen Ausgang in sein Hotel. Die „Berl. Voss.-Ag.“ teilt, traf auf telephonischen Anruf der Militärkommandant von Lugano, Oberstleutnant Maag, mit lobenswerter Schnelligkeit ein und befreite den König. Vor dem Hotel setzte die Menge das Pfeifkonzert fort. Um 10 Uhr abends war die Ruhe wieder hergestellt. Am diese Zeit traf Oberst Ansbach im Hotel ein, um dem König sein Bedauern über das Vorkommnis auszusprechen. Eine Militärwache wurde ins Hotel gelegt.

„Voss.-Ag.“ heißt es noch: Die Operationswunde, die dem König nach seiner Entkränkung an Bruchfellzündung geblieben war, ist noch immer offen. Die Ärzte haben dem König ein Bergklima von über 1000 Meter über dem Meer geraten. Wie es heißt, gedachte die griechische Königsfamilie nur wenige Tage in Lugano zu bleiben, bis Königin Sophie, die infolge der kürzlichen Seereise noch sehr leidend war, sich erholt habe, um dann nach der deutschen Schweiz überzusiedeln.

### Weitere Nachrichten.

#### Osterreich-Ungarn am Ende des dritten Kriegsjahres.

Das Wiener „Freundenblatt“ veröffentlicht Erklärungen des Honvedminister Feldmarschalleutnants Szurmay, der unter anderem ausführte:

Die Lage an allen Fronten ist ausgezeichnet und bestätigt meine ständige Behauptung, daß hierin keine Beeinträchtigung in ungünstigem Sinne möglich ist. Wir räumen alle Hindernisse aus dem Weg, weil in jedem von uns der Wille lebt, bis zum endgültigen Siege auszuhalten. Ich spreche nicht als Theoretiker, sondern aus einer in sieben Monaten an der Front gewonnenen, immer mehr bestätigten Erfahrung, die vollumfänglich meine unerschütterliche Zuversicht in unsere glänzende Zukunft rechtfertigt, die die heldenmütige Armee und das tapfere Hinterland gemeinsam erringen werden. Ich verkenne nicht, daß die Lage im Hinterlande jetzt häufig schwieriger ist, als an der Front, allein unser wirtschaftliches Durchhalten ist angelehnt der gegenwärtigen Entschlossenheit gewährt, zumal der Krieg eine mächtige erzieherische Wirkung ausübt.

Sind wir wirtschaftlich gesichert, so gilt dies nicht minder von unserer Truppenergänzung und Versorgung mit jeder Art Kriegsmaterial. Uns kann nichts mehr geschehen, mag der Krieg noch so lange dauern. Die letzte Jangschlacht endete mit einer unbestreitbaren Niederlage der Italiener, obschon die Italiener dort Opfer brachten und Kräfte einsetzten, wie nie zuvor, ein neuer Beweis für meine Anschauung von der Unerschütterlichkeit unserer militärischen Stellungen und für die Sicherheit unseres schließlichen Sieges. Gerade jetzt knapp vor dem Ende des dritten Kriegsjahres ist unsere Lage besser denn je, und nichts kann sie zum Schlechten wenden. Das Osterreich-Ungarn das sich heute der Welt darbietet, ist ein siegendes Osterreich-Ungarn, das an allen Fronten eisensfest ist, dessen Hilfsquellen richtig eingeteilt und unerschöpflich und in dessen Heer alle unweigerlich entschlossen sind, auszuhalten. Wir haben allen Grund, zufrieden zu sein und mit froherer Zuversicht in die nahe und ferne Zukunft zu blicken.

Budapest, 21. Juni. Das Organ der ungarischen Sozialistenpartei „Népszava“ veröffentlicht den Wortlaut der telegraphischen Einladung zur Sozialistenkonferenz, der gestern dem Parteisekretariat aus Petersburg über Stockholm zugegangen ist. Das Telegramm lautet: „Im Auftrag des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats teile ich mit, daß der Rat in seiner Sitzung vom 20. Juni den Beschluß gefaßt hat, vom 28. Juni bis zum 8. Juli eine allgemeine internationale Sozialistenkonferenz einzuberufen mit Tschische als Vorsitzenden.“ (W.B.)

#### Von der Stockholmer Konferenz.

Kopenhagen, 21. Juni. „Sozialdemokraten“ meldet aus Stockholm: Die drei amerikanischen Abgeordneten Goldfarb, Rheinsteinst und Davidowitsch erschienen gestern in der Sitzung des sozialistischen Komitees. Sie haben, nachdem die amerikanische Regierung die Pässe verweigert hatte, unter dramatischen Umständen Amerika verlassen.

Goldfarb führte eine schriftliche Erklärung der amerikanischen Socialparty, der größeren der beiden amerikanischen Sozialistenparteien, mit sich. Rheinsteinst erklärte gegenüber einem Mitarbeiter von „Politiken“, daß die Großkapitalisten Amerikas die Kriegserklärung Wilsons verursacht hätten. Amerika sei zurzeit von Morgan und Wallstreet regiert. Die Tochter Wilsons habe in diese Kreise hineingeheiratet. Präsident Wilson habe sich immer mehr von den Interessen der Kapitalisten leiten lassen. Eine Zeitlang habe man auch befürchtet, daß Rußland mit Deutschland einen Sonderfrieden abschließen und Amerika die bei den Alliierten als Waffenlieferant angelegten Kapitalien verlieren würde, wenn Deutschland Sieger bleibe. Diese Kapitalisten sorgen schließlich auf Wilson einen derartigen Druck ausgeübt, daß er das Land in den Krieg gestürzt habe. Die amerikanischen Sozialisten seien neutral. Sie wünschten einen Frieden ohne Sieger, aber namentlich einen Frieden, der für das internationale Proletariat von Nutzen sei.

Stockholm, 20. Juni. Einer der in Stockholm angekommenen amerikanischen Sozialisten, Reinstein, ein Vertreter des linken Flügels der Sozialisten und gleich seinen zwei Kameraden Goldfarb und Davidowitsch, russischer Revolutionär, erzählte einem Mitarbeiter von „Sozialdemokraten“ von den Hindernissen, welche die amerikanische Regierung seiner Reise in den Weg legte. Als nämlich die Presse die Behauptung aufstellte, Reinstein wolle in Rußland den Vertreter der Kapitalisten, Senator Root, bekämpfen, wurde ihm plötzlich der schon bewilligte Paß von vier Delegationen wieder abgenommen. An demselben Tage erfuhr er, daß man den übrigen Sozialisten die Reise nach Petersburg verweigert habe. „Da verstand ich“, so brühte er sich in der Unterredung aus, „wo der Schuh drückte. Es galt ganz einfach, für die jetzt von Pierpont Morgan und Forszorien beherrschte Regierung um jeden Preis zu verhindern, daß der Krieg allzu rasch zu Ende gehe.“ Zum Schluß gelang es Reinstein nebst den anderen Sozialisten, ohne Paß zu fahren.

Stockholm, 20. Juni. (Schwedische Tel.-Ag.) Der holländisch-standinavische Sozialistenkongress hat am 18. Juni eine Besprechung mit Julius Wesp von der Abordnung der Mehrheit der englischen Sozialisten gehabt. Eine Zusammenstellung der Ansichten der englischen Mehrheit für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Belgiens nebst Räumung Nordfrankreichs und wirtschaftlichen Wiederaufbau dieser Gebiete auf Kosten der sie jetzt besetzt haltenden Macht. Ferner für ein geeignetes unabhängiges Polen, für völlige Gleichstellung aller Völker in Osterreich-Ungarn und dessen Demokratisierung. Im übrigen ist die englische Sozialisten- und Arbeiterbewegung Gegnerin eines Wirtschaftskrieges nach Friedensschluß. (W.B.)

Peking, 20. Juni. (Agence Havas.) Der Präsident ordnete die Auflösung des Parlaments an, aber Wutingfang, der einflussreiche Premierminister, weigerte sich, den Erlaß gegenzuzeichnen, indem er erklärte, das Vorgehen des Präsidenten stelle eine Verfassungsverletzung dar. Lischinghai, der zum Premierminister ernannt war, es aber ablehnte, dieses Amt anzutreten, verzweigte ebenfalls die Gegenzeichnung des Erlasses. Wutingfang reichte seine Entlassung ein.

### Grossherzogtum Baden.

#### Karlsruhe, 21. Juni.

Wie wir von zuständiger Seite erfahren, beabsichtigt das Justizministerium bei genügender Beteiligung im Herbst 1917 eine erste juristische Prüfung abzuhalten. Vorläufige Meldungen sind bis Ende Juli beim Justizministerium einzureichen. Zugunsten derjenigen Rechtskandidaten, die infolge ihrer Einberufung zum Heeresdienst behindert sind, an der Prüfung teilzunehmen, sind Maßnahmen in Aussicht genommen, die den hieraus erwachsenden Nachteil tunlichst ausgleichen sollen.

Wie die Reichsstelle für Gemüse und Obst mitteilt, lassen zahlreiche Anfragen Zweifel darüber erkennen, ob die Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte vom 3. April 1917 es zuläßt, daß Private, Anstalten und öffentlich-rechtliche Verbände Obstnutzungen ihrer Länd-



